

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsändlern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 11. Juli 1931 Nummer 136

Brünings fünfte Notverordnung in Sicht!

Sächsische Gemeinden kürzen Fürsorgegeld

Leipzig, 11. Juli. (Eig. Meldung.)
Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Leipzig teilt mit, daß seine laufenden Einnahmen geringer seien als die notwendigen Ausgaben für laufende Fürsorgeleistungen. Es bleibe nichts anderes übrig, als alle anderen Zahlungen zurückzustellen und nur noch die laufende Fürsorgeunterstützung auszuführen. Aber auch das könne nicht mehr in voller Höhe geleistet werden. Es ist bereits angewiesen, je 1 Mark für einen Erwachsenen und 35 Pf. pro Kind weniger auszugeben! Einmalige Unterhaltungen können überhaupt nicht mehr gewährt werden. Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Leipzig behauptet, daß auch die Auszahlungen in vermindelter Höhe nur dann gesichert seien, wenn das Reich dem Bezirksverbande eine größere Anleihe gewährt, worauf jedoch nicht zu rechnen ist.

Berlin, 10. Juli. (Eig. Bericht.)
Nach einer Meldung eines gut informierten Berliner Mitteilungsblattes plant die Regierung, nunmehr den schwersten Schlag gegen die hungernden Volksmassen durchzuführen. Durch eine neue Notverordnung will die Brüning-Diktatur die Länder und Gemeinden zwingen, 500 Millionen und noch mehr, die gewöhnlich in den Gemeindefällen fehlen, durch Einparungen auszugleichen. In dieser Meldung heißt es dann weiter:

„Auf diese Weise werden die Sozialausgaben in nie gekannter Weise gekürzt und die Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden, die bisher schon aus Sparbedenken auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden mußte, wird diese Minimumgrenze erheblich unterbrechen. Handelt es sich doch hier um Maßnahmen, die nicht soziale und kulturelle Etat-Postitionen treffen, und aus diesen Haushaltskürzungen mehr herauspressen sollen, als die ganze Notverordnung Ersparnisse bringt.“

Wenn diese Meldung stimmt, und daran ist nicht zu zweifeln, denn was hätte wohl eine der Regierung nahegehende Zeitung für ein Interesse daran haben, unrichtige Regierungspläne zu veröffentlichen, so bedeutet die kommende fünfte Notverordnung gegen die Gemeinden nicht mehr und nicht weniger, als die Streichung aller Wohlfahrtsausgaben und die weitere Kürzung der Ausgaben für kulturelle Zwecke.

Unschätzbare wird also jetzt der Sinn der ganzen Hooveraktion im Zusammenhang mit der Kreditgarantie der Schwere für die Brüning-Regierung enthält. Mit einem Schlage plant der ganze Schwindler der sozialdemokratischen Führer von den sogenannten Verhandlungen über die Verbesserung der letzten Notverordnung, die schon unheilvolles Elend und unbeschreiblichen Hunger erzeugte. Ja, die SPD-Koalitionregierung hat sich bereit erklärt, die fünfte Notverordnung zu unterstützen. (Siehe Seite 2.)

Die vielen Hunderttausend Wohlfahrtsberechtigten, all die unglücklichen Jugendlichen und Frauen, die auf Grund der letzten Notverordnung schon teilweise Erwerbslosenunterstützung nicht erhalten, werden jetzt direkt zum Hungertode verurteilt. In den letzten Tagen haben schon eine Anzahl von Gemeinden und Gemeindegemeinschaften die Auszahlung von Wohlfahrtsunterstützungen eingestellt und wandten sich an das Reich. Und die Brüning-Regierung will mit einer Notverordnung antworten, die praktisch alle Gemeinden in Deutschland zu dem gleichen Schritte zwingt. Wenn die Kommunisten in den Gemeinden vorstehen, neue Steuern zu erheben, so kommt die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten und schreit über „Angelegenheiten“. So werden Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gleichfalls mitleidlos am Hungertode der Erwerbslosen, Erhöhung der Tarife auf Gas, Wasser, Elektrizität, Erhöhung der Kopfsteuer, der Gemeindegetränkesteuer und aller übrigen Gemeindesteuern, das wird eine weitere Folge der neuen Brüning'schen Notverordnung sein. Die Profiteure der

Zwischenprüfung im revolutionären Wettbewerb 15. Juli

Alle Ortsgruppenleitungen der Partei müssen vom 15. bis 17. Juli den Bericht über die Ergebnisse der Werbearbeit für die Zeit vom 1. April bis 15. Juli an das Bezirkssekretariat einreichen. Der Berichtsbogen wurde allen Ortsgruppenleitungen bereits vor längerer Zeit zugestellt. Bei den Ergebnissen muß in jedem Fall das vom Bezirk oder der UWB angegebene Soll mit angegeben werden.

Genossen! Steigert die Werbearbeit. Nutzt auch die Zwischenzeit bis zum nächsten Großwettbewerb aus, damit die bereits erreichten Ergebnisse noch vergrößert werden. Arbeitet alle mit daran, damit am 1. August das Ostsächsische Volksheft (Kamer Teufel der Oberlausitz), die kommunistische Wochenzeitung, erscheint.

Alle Strahenzellen müssen ihr Wohngebiet von Haus zu Haus durcharbeiten. Die Betriebszellen müssen in den Betrieben die Werbearbeit systematisch steigern. Die Parteilosen in den Massenorganisationen müssen ihrerseits eine gründliche Werbearbeit bei den Mitgliedern der Massenorganisationen unter der Führung „Kein Mitglied ohne kommunistische Presse“ durchführen.

Großkampftag der Dresdner Roten Sportler am 11.-13. Juli

Luther mit leeren Händen!

Berlin, 11. Juli.
Der Reichsbankpräsident Luther ist von seinem Bittgang nach London und Paris mit leeren Händen zurückgekehrt. England hat aus Furcht vor einem französisch-amerikanischen Gegenmander eine selbständige Anleiheaktion für Deutschland abgelehnt und seine Beteiligung an einer internationalen langfristigen Milliardenanleihe von der Teilnahme Frankreichs abhängig gemacht. Nach dem gescheiterten Versuch in London hat sich Luther nach Paris begeben. Der Präsident der französischen Staatsbank hat dem deutschen Reichsbankpräsidenten die kalte Schulter gezeigt. Das französische Finanzkapital machte eine Anleiheaktion von folgenden drei wirtschaftlichen (Fortsetzung zweite Seite)

SPD stimmt für Etat der Schied-Diktatur

Nachforschung des Landtags / Immunitätsraub gegen KPD-Abgeordnete vorbereitet

In der Nachforschung des Sächsischen Landtages von gestern auf heute wurde der völkisch-sozialistische Etat der Brüning-Regierung mit den Stimmen der Volkspartei, der SPD, der Demokraten, Wirtschaftsparteier, Volkrechtspartei, Volknationalen Reichsvereins und des Christlich-Sozialen Volksdienstes angenommen. Dagegen stimmten die Kommunisten und aus demagogischen Gründen die Deutschnationalen und Nationalsozialisten. Mit ihrer Zustimmung zum Etat hat die SPD wieder demonstriert, daß sie die Schied-Diktatur, die hitlerische Brüning, unterstützt und mit ihr durch die und dünn geht.

Der Plenartag des Landtages als eine gemeinamte Sitzung der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten voran, in der die gemeinsame Plattform für die Zustimmung zum Schied-Etat geschaffen wurde. Diese Plattform liegt absolut in der Linie der Notverordnung der Brüning-Regierung.

Der Etat, der mit 1 Milliarde unter der Regierungsvorlage liegt, heißt vor: Bei den lokalen Ausgaben für die Heil- und Pflegeanstalten werden die Mittel um 50 000 Mark gekürzt. Bei einer Anzahl Kapitel, u. a. bei dem Kapitel Landtag und Arbeiterkassen, werden Besätze abgebaut, bei dem Titel Arbeiterkassen 10 000 Mark gekürzt. Die Ausgaben für Förderung der Volkshilfe um rund 45 000 Mark herabgesetzt. Hier zeigt sich die reaktionäre Haltung der sozialdemokratischen Partei, die mit den Bürgerlichen die Herabsetzung der lokalen Ausgaben vereinbarte, gleichzeitig aber dafür stimmt, daß der ewig-dauh, Lan-

Blut-Horthys Offiziere in Dresden

Reichswehr beim Waffenlag / Kavalleriefront von der NSDAP bis zur SPD

Dresden, 11. Juli.
Die offiziell mitgeteilt wird, wird an dem vom 11. bis 13. Juli in Dresden angelegten „Waffenlag der Kavallerie“ eine Deputation ungarischer Offiziere des Hulanerregiments, das früher nach Madenitz benannt war, teilnehmen, und zwar der Militärrat General Stojakowski als Vertreter der Honved-Kavallerie. Der Erztroopier wird einen Vertreter entsenden. Die Beteiligung der Reichswehr wird jetzt amtlich bestätigt; die Reichswehr stellt mehrere Standarten und Offiziere und Mannschaften als Überwachungs- Selbstredend steht auch die Kirche nicht dabei: Der Sonntag wird mit einem Feldgottesdienst eröffnet.

Nichts wäre netter, als wenn die Volksmassen Dresdens nicht erkennen würden, was da vor sich geht. Es handelt sich nicht um einen Kammel à la Bogeswiese. Vielmehr geht es auf diesem „Waffenlag“, wie er ausdrücklich bezeichnet wird, alles, was reaktionär ist, ein Stücklein: Reichswehr, Offiziere, Generale von einst und jetzt, Vertreter des Kapitals à la Wittke, Kriegstreiber. Sie alle demonstrieren.

Der Zweck ist die Ablenkung des Volkes vom Massenkampf gegen Notverordnung, Brüning und Schied-Diktatur und ihr Einlenken auf die Linie eines imperialistischen Krieges, und zwar